

Kulturverein weist Vorwurf zurück

Schneverdingen. Der Schneverdingener Kulturverein weist im Zusammenhang mit der Zukunft der Alten Schlachtere Am Markt 2 den Vorwurf zurück, seine Raumnöt nicht ausreichend kommuniziert zu haben. Ratsmitglied Welf-Heinrich Klaer hatte unter Zustimmung von Bürgermeisterin Meike Moog-Steffens auf der Jahreshauptversammlung des Vereins kritisiert, der Kulturverein hätte im Rahmen des Bürgerforums zum Thema Alte Schlachtere am 23. Januar nicht Stellung bezogen.

Das Bürgerforum sei in erster Linie als Ideenschmiede für den Umgang mit der Immobilie in städtebaulicher Hinsicht gedacht gewesen, argumentiert der Vorstand des Vereins. Gleichwohl habe auch die Gruppe Bass zu ihrem Projektvorschlag auf die Notwendigkeit von Räumen für die soziokulturellen Aktivitäten des Kulturvereins wiederholt hingewiesen.

Darüber hinaus habe der Kulturverein bereits im November 2018 gegenüber der Stadtverwaltung schriftlich bestätigt, an der Übernahme eines Kulturbetriebs in einem möglichen Neubau Am Markt 2 interessiert zu sein. „Das Faktum des Raumbedarfs kann und darf daher weder Politik noch Verwaltung überrascht haben oder neu für sie gewesen sein“, erklärt der Vereinsvorstand in einer aktuellen Pressemitteilung.

Im Rahmen einer Abstimmung der Bürger zur Zukunft der Alten Schlachtere im Januar im Schneverdingener Funhouse hatte – auch ohne das von der Politik vermisste aktive Auftreten des Kulturvereins – unter vier beworbenen Visionen die Kulturhallen-Vision der Bass-Gruppe den höchsten Zuspruch bekommen. *bk*

Campingplatz und Feuerwehr im Soltauer Bauausschuss

Soltau. Eine öffentliche Sitzung des Bauausschusses der Stadt Soltau beginnt am Dienstag, 12. März, um 17 Uhr im Sitzungssaal des Alten Rathauses, Poststraße 12, in Soltau.

Dort geht es unter anderem um den Bericht des Bürgermeisters Helge Röbbert, die 52. Änderung des wirksamen Flächennutzungsplanes der Stadt Soltau „Gewerbliche Baufläche östlich des Campingplatzes Am Mühlenbach und Sonderbaufläche Campingplatz Am Mühlenbach in Harber“ und die Billigung des Vorentwurfes für die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die 54. Änderung des wirksamen Flächennutzungsplanes der Stadt Soltau „Feuerwagerehäus Dittmern/Deimern“ und Bebauungsplan Dittmern Nr. 14 „Feuerwagerehäus“ und ebenfalls die Billigung der Vorentwürfe als Grundlage für die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung.

Außerdem stehen unter anderem Anfragen und Anregungen sowie eine Einwohnerfragestunde auf der Tagesordnung. *bz*



Noch warten die neue Projektassistentin Lena Teßmann (Mitte) und die Koordinatorin Ulrike Schloö und Oliver Hofmann auf die Lieferung der Einrichtung für den „Freiraum“.

Foto: jm

Ein neuer Anlaufpunkt für Ehrenamtliche

VON JAN MAIER

Schneverdingen. Anderthalb Jahre hat eine Projektgruppe unter Leitung der Inklusiv-Koordinatorin Ulrike Schloö und Oliver Hofmann überlegt, wie man in Schneverdingen eine Freiwilligenbörse schaffen kann. „Viele Vereine wollen gern Inklusion betreiben, aber ihnen fehlen die Leute. Da hat es Sinn, die ehrenamtliche Arbeit in der Stadt an einer Stelle zu vernetzen“, erklärt Hofmann die Grundidee.

In ihrer abschließenden Sitzung habe die Gruppe entschieden, dass eine bereits bestehende private Einrichtung die Trägerschaft der Börse übernehmen soll. Im Gespräch sei auch ein eigener Verein gewesen. „Doch in Zeiten fehlenden Nachwuchses ist es wenig praktikabel, Ehrenamtliche zu suchen, die dann Ehrenamtliche suchen sollen“,

Kommune Inklusiv bringt Freiwilligenbörse auf den Weg und bietet einen barrierearmen Raum in der Schneverdingener Rathauspassage an

sagt Hofmann. Als Träger beworben habe sich bisher nur das Mehrgenerationenhaus. Am 1. April will die Steuerungsgruppe von Kommune Inklusiv der Stadtverwaltung einen Vorschlag für den Träger machen. Bis dahin können sich weitere Interessenten melden. „Der Ball ist aufgepumpt, nun müssen andere damit spielen“, fasst Hofmann das Ende der Projektgruppe zusammen.

Als Spielfeld für die Ehrenamtlichen wurde ein barrierearmer Raum in der Rathauspassage angemietet. Der „Freiraum“ verfügt über einen abgetrennten Gruppenbereich und soll von April an Vereinen, Selbsthilfe-

und anderen Gruppen für soziale Zwecke zur Verfügung stehen. Eine erste Anfrage von Freiwilligen, die geflüchteten Berufsschülern Nachhilfe geben, läge schon vor, sagt Schloö. Denkbar wäre dort auch Präsenzzeiten der Freiwilligenbörse und ehrenamtliche Schulungen.

Theatergruppe soll Anekdoten aus dem Publikum nachspielen

Im Bereich Bildung beschäftigt sich eine Projektgruppe mit sogenannten Helikopter- und Rasenmäherleuten. „Diese können ihr Kind nicht loslassen oder bekommen sofort Schweißperlen, wenn es beim Spielen hin-

fällt“, erklärt Hofmann. Angedacht sei eine Veranstaltung, bei der eine Theatergruppe entsprechende Anekdoten aus dem Publikum nachspiele.

Im Anschluss solle eine Fachkraft für Jugendpsychologie die Situation erklären und eventuell verteilte Lerneffekte für das Kind aufzeigen. „Es geht darum, das Positive im Scheitern herauszukristallisieren.“ Ebenso geplant ist ein Abend zum Thema Trauma bei Kindern und Jugendlichen, wie man solche erkennen und damit empathisch im Alltag umgehen kann.

„Wir wollen in der Gesellschaft das Bild etablieren, dass es normal ist, verschieden zu sein“, sagt Schloö. Daher habe man einen eigenen Kanal auf Youtube. In wenigen Wochen soll dort ein von der Schneverdingener Band „Kellerproduktion“ geschriebenes Lied über Inklusion veröffentlicht werden. *963847*

Klingbeil fordert Tempo beim Industriegebiet

Bad Fallingb. B. Der heimische Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil hatte sich vor Kurzem erneut an das Bundesministerium der Verteidigung gewandt. Der Grund für das Schreiben war, dass die Verhandlungen zum Industriegebiet Bad Fallingb. nach wie vor nicht zu einem positiven Abschluss gekommen sind.

Nun legte der zuständige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium in seiner Antwort an Klingbeil dar, dass aus seiner Sicht eine Einigung nichts mehr im Wege stünde. Bei einem Gespräch Mitte März zwischen Vertretern des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr und der Stadt Bad Fallingb. soll es nun laut Bundesverteidigungsministerium letzte Unklarheiten zum Vertragsentwurf ausgeräumt werden.

„In grundlegenden Fragen besteht eine Übereinkunft. Ich erwarte deshalb, dass die Gespräche schnellstmöglich positiv abgeschlossen werden“, so Lars Klingbeil. 2016 habe Verteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen nach langem Druck und Initiativen des Bundestagsabgeordneten aus Münster mitgeteilt, dass eine Ausgliederung einer 34 Hektar großen Teilfläche des Nato-Truppenübungsplatzes Bergen möglich sei. Seitdem liefen die Verhandlungen und Gespräche.

„Sollte es nun nicht zeitnah zu einer Einigung kommen, brauchen wir ein klärendes Gespräch mit allen Akteurinnen und Akteuren“, so Klingbeil nach der Antwort des zuständigen Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung. *bz*

Ernennungen und Berufung in Wietzendorf

Wietzendorf. Die nächste öffentliche Sitzung des Ausschusses für Zentrale Verwaltung in Wietzendorf findet am Mittwoch, 13. März, ab 19 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses der Gemeinde Wietzendorf statt.

Auf der Tagesordnung stehen eine Einwohnerfragestunde, die Ernennung des Gemeindebrandmeisters und des stellvertretenden Gemeindebrandmeisters der Gemeinde, die Berufung der Verwaltungsfachange stellte Natasha Searle zur Verwaltungsvollzugsbeamtin der Gemeinde, der Standort Leitfa den für das Entwicklungs- und Sanierungskonzept Altdorf.

Die nächste öffentliche Sitzung des Ausschusses für Zentrale Finanzenleistungen findet einen Tag später, zur gleichen Zeit am selben Ort statt. Es geht unter anderem um die Bilanz des Verkehrsvereins Wietzendorf für das Jahr 2018, den vorläufigen Jahresabschluss der Gemeinde Wietzendorf 2018, die Kalkulation der Niederschlagswassergebühren, der Höhe der Beiträge in der Schmutzwasserbeseitigung sowie der Höhe der Beiträge der Wasserversorgung, jeweils für den Kalkulationszeitraum bis 2021. *bz*

Landräte sorgen sich um Verkehr

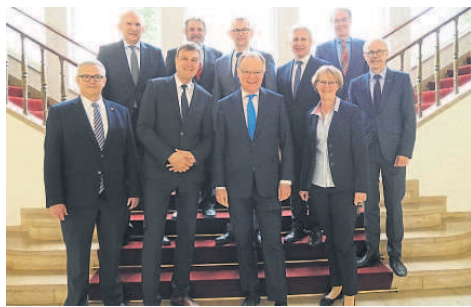
Situation der Berufspendler war Thema beim Treffen in der Staatskanzlei

Hannover/Heidekreis. Die angespannte Verkehrssituation und die dringend notwendige Verbesserung bei der Koordination von Baumaßnahmen war ein wichtiges Thema beim jährlichen Treffen der acht niedersächsischen Landräte aus der Metropolregion Hamburg mit Ministerpräsident Stephan Weil, das jetzt in der Staatskanzlei in Hannover stattfand.

„Wir haben noch einmal deutlich gemacht, wie groß unsere Sorge ist, dass es durch die Ballung von Baumaßnahmen auf Straße und Schiene zu massiven Beeinträchtigungen für Verkehrsteilnehmer, insbesondere für Berufspendler, kommt“,

so der Harburger Landrat Rainer Rempe.

Ministerpräsident Weil teilte die Bedenken der Landräte. Er erklärte, die Pendlersituation



Treffen in der Staatskanzlei: Ministerpräsident Stephan Weil (Mitte) mit den Landräten der Metropolregion Hamburg (hinten von links) Jürgen Schulz (Landkreis Lüchow-Dannenberg), Ulrich Mädege (Oberbürgermeister Lüneburg), Dr. Heiko Blume (Landkreis Uelzen), Rainer Rempe (Harburg), Manfred Ostermann (Heidekreis), Michael Roersberg (Stade, vorne von links), Kai-Uwe Bielefeld (Cuxhaven) und Hermann Luttmann (Rotenburg/Wümme, rechts) sowie Monika Scherf (Amt für regionale Landesentwicklung, Lüneburg).

noch einmal bei Gesprächen mit der Hansestadt Hamburg zu thematisieren. „Es ist gut zu wissen, dass die Landesregierung uns bei diesem wichtigen

Thema deutlich den Rücken stärkt“, sagte Rempe nach dem Treffen.

Wettbewerb um Standort für Flüssiggas-Terminal

Weitere aktuelle Themen bei der Zusammenkunft waren der Handlungsbedarf beim Küstenschutz im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der Standortwettbewerb für einen Flüssiggas-Terminal in Niedersachsen oder Schleswig-Holstein und das Projekt „Wasserstoffregion“.

Alle Teilnehmer betonten, wie wichtig es sei, sich regelmäßig auch persönlich auszutauschen. „Wir können unsere Interessen gegenüber Hamburg umso erfolgreicher vertreten, wenn wir geschlossen und zusätzlich mit Rückenwind aus Hannover auftreten“, so Rempe.

Das nächste Treffen zwischen Weil und den Landräten ist bereits anvisiert. Es wird im Landkreis Stade stattfinden. *bz 963824*